

Benjamin Herborth

## Zur Politik der Grenzziehung

Eine Replik auf Andreas Behnke

*Andreas Behnkes Versuch, die Reaktionen liberaler Theoretiker auf die Ereignisse des 11. Septembers dekonstruktivistisch zu lesen, wirft die wichtige Frage auf, inwiefern Exklusionsphänomene und Probleme kultureller Differenz in liberalen Zeitdiagnosen systematisch ausgeblendet werden. Indem er ohne hinreichende Begründung von polemisch arrangierten Zitaten aus eher tagespolitischen Einlassungen auf das Gesamtwerk der Verfasser und auf »den Liberalismus« überhaupt schließt, vergibt Behnke allerdings das in seiner Fragestellung angelegte kreative Potenzial. Anstatt die Unterscheidungen, mit denen die kritisierten Texte operieren, tatsächlich aufzubrechen, inszeniert er eine paradigmatische Konfrontation, in der sich die Auseinandersetzungsförmen des vermeintlich kritisierten »mainstream« bloß reproduzieren. Zudem impliziert das an Carl Schmitt angelehnte Verständnis des Politischen, für das Behnke schließlich plädiert, eine Strategie der Resubstanzialisierung, die dogmatisch auf einer Ontologisierung politischer Grenzziehungen insistiert. Von einer solchen Strategie der Resubstanzialisierung lassen sich die politischen Theorien von Derrida und Habermas als unterschiedliche Versuche einer Entsubstanzialisierung des Politikverständnisses unterscheiden.*

### 1. Einleitung<sup>1</sup>

Andreas Behnkes Aufsatz »9/11 und die Grenzen des Politischen« setzt sich das ehrgeizige Ziel, über ein »dekonstruktivistisches Lesen« (Behnke 2005: 118) von Texten dreier liberaler Theoretiker nachzuweisen, wie der Liberalismus aufgrund immannenter Widersprüchlichkeiten an der Herausforderung scheitern muss, die »Frage des Politischen« angemessen (Behnke 2005: 117) zu beantworten, die sich nach dem 11. September neu gestellt habe. Damit handelt es sich um ein für die *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* eher ungewöhnliches Unternehmen, das als Versuch einer kritischen Reflexion über oft implizite theoretische Hintergrundannahmen des Liberalismus allerdings gerade deswegen von besonderem Interesse sein könnte, weil hier eine in der ZIB häufig, wenn nicht gar charakteristisch vertretene Position kritisiert wird.

Bei aller prinzipiellen Sympathie für das Projekt erscheint mir der Artikel allerdings als vergebene Chance. Zum einen wird weder dieser Bezug noch die Verfahrensweise der Kritik hinreichend expliziert. Zum anderen kommt, was schwerer wiegt, der Argumentationsgang im Einzelnen oft undifferenziert, schematisierend und pauschalisierend daher. Das ist vor allem deswegen bedauerlich, weil das zen-

---

1 Für hilfreiche Anmerkungen und konstruktive Kritik danke ich Peter Niesen.

trale Motiv von Behnkes Kritik Beachtung verdient: Mit den grundlegenden begrifflichen Unterscheidungen der liberalen Tradition, so die These, werden Exklusionsphänomene systematisch ausgeblendet. Die Exklusion von Exklusion im liberalen Denken vollziehe sich nicht als Überwindung, sie produziere vielmehr einen blinden Fleck, der eine von Selbstzweifeln befreite Stabilisierung des ideologischen Koordinatensystems ermöglicht, indem er Alternativen negiert. In einer konstruktiven Wendung versucht Behnke vor diesem Hintergrund, Carl Schmitts Begriff des Politischen zu rehabilitieren. Erst darüber werde eine Politik des agonistischen Respekts möglich, die Differenz – und in deren Folge: Politik – zulasse.

Ein Anspruch einer dekonstruktiven Lektüre<sup>2</sup> besteht darin nachzuweisen, wie sich die Unterscheidungen, mit denen Texte operieren, jedem Versuch einer eindeutigen Fixierung entziehen. Der Versuch, eine dekonstruktive Vorgehensweise selbst konzis auf den Begriff zu bringen, fiele also bereits hinter ihre erste Einsicht zurück. Auf welcher Grundlage könnte sich Behnkes Dekonstruktionsversuch dann überhaupt kritisieren lassen? Ein solcher Versuch wäre meines Erachtens dann nicht gelungen, wenn er sich nicht hinreichend auf die behandelten Texte einlässt, ihre charakteristischen Formen der Auseinandersetzung reproduziert und damit selbst zur Projektionsfläche der angemahnten Defizite wird. Ich werde im Folgenden aufzeigen, inwiefern dies in Behnkes Text der Fall ist. Anschließend versuche ich, einige der kritischen Spitzen zu rekonstruieren, die in Behnkes Rezeption insbesondere von Jürgen Habermas' Diskurstheorie verloren gegangen sind. Habermas' Diskurstheorie lässt sich dann ebenso wie eine an Jacques Derrida orientierte Perspektive als Alternative zu dem Versuch formulieren, politische Grenzziehungen mit Schmitt substanzialistisch als Ausdruck bestehender Freund/Feind-Schematisierungen zu begreifen.

## *2. Dekonstruktion von Texten und Destruktion von Ideologien*

Zunächst zur Präsentation des Arguments und der Vorgehensweise: Die Einleitung des Artikels beginnt mit der These, der 11. September habe die Frage nach der Vermittlung von »Identität und (kultureller) Differenz« wieder aufgeworfen. Vor diesem Hintergrund sollen »Antworten von Repräsentanten des Liberalismus« zum Gegenstand einer exemplarischen Dekonstruktion gemacht werden (Behnke 2005: 117). Indem er dabei die Repräsentativität der ausgewählten Autoren für unterschiedliche Spielarten des Liberalismus betont, zeigt Behnke bereits an, dass es ihm weniger um eine kritische Auseinandersetzung mit einzelnen Argumenten geht als vielmehr darum, immanente Widersprüche aufzudecken, die sich aus den grundlegenden Kategorien liberalen Denkens selbst ergeben.

---

2 Behnke (2005: 118) spricht von einem dekonstruktivistischen Lesen, scheint aber terminologisch nicht zu differenzieren zwischen Dekonstruktionen und den »theoretischen Wiederanfertigungen des ‚Dekonstruktivismus‘« (Derrida, zit. n. Angehrn 2003: 238), in denen Derrida stets eine Tendenz zur Disziplinierung des dekonstruktiven Schreibens befürchtet (Angehrn 2003: 237-242).

Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass es sich bei der Dekonstruktion nicht um eine empirische Methode handelt, deren »Datenmaterial« sich im Zuge festgelegter Operationalisierungsschritte eindeutig bestimmen ließe, hätte die Auswahl der für dieses Unterfangen genutzten Texte allerdings besser begründet werden müssen. Wenn der Aufsatz den Anspruch erhebt, Schlussfolgerungen über »den Liberalismus« ziehen zu können, müsste etwa deutlich werden, welchen Stellenwert ein Zeitungsartikel Michael Ignatieffs oder ein Interview mit Habermas beanspruchen können. Behnke versucht derartige Probleme zu umgehen, indem er »von einer generellen logischen und theoretischen Kohärenz zwischen den Beiträgen zu 9/11 und dem Gesamtwerk der Verfasser« ausgeht (Behnke 2005: 118). Hinter unterschiedlichen Textsorten sieht er also scheinbar, etwas quer zu seinem theoretischen Selbstverständnis, die einheitliche Rationalität konsistent argumentierender Subjekte am Werke. Trotzdem stellt sich die Frage, ob es nun um die Äußerungen öffentlicher Intellektueller geht, die sich in eine liberale Tradition stellen, um »den Liberalismus« als politische Ideologie, gegen die der Verfasser mit einem Furor ankämpft, oder systematisch um einen vermeintlich angemesseneren »Begriff des Politischen«. Wenn alle Dimensionen berührt werden, letztlich aber Schmitts Begriff des Politischen gegen liberale politische Theorien in Stellung gebracht werden soll, wie in den letzten beiden Teilkapiteln angedeutet, behandelt Behnke eine grundlagentheoretische Fragestellung. Die Gegenposition dann im Wesentlichen aus Miszellen zu rekonstruieren, macht es leichter, die Überlegenheit der eigenen Position zu behaupten. Von der praktischen Umsetzung einer Politik des agonistischen Respekts auch in theoretischen Kontroversen zeugt es nicht unbedingt.

Indem er die Frage nach einem angemessenen Politikverständnis von vornherein als paradigmatische Konfrontation zwischen Denkschulen inszeniert, reproduziert Behnke zudem eine für den *mainstream* der Internationalen Beziehungen typische Form der Auseinandersetzung. Wenn, gut sozialwissenschaftlich, aus einem Sample von Texten verallgemeinernde Schlussfolgerungen über Autoren und Denkschulen gezogen werden, steht nicht mehr die sorgfältige Arbeit am Text im Mittelpunkt, sondern vielmehr die Bekämpfung einer daraus rhetorisch konstruierten politischen Ideologie.<sup>3</sup>

### 3. Paradoxien des Liberalismus: Die Exklusion von Exklusion

Der zentrale Vorwurf einer als Inklusion und Universalismus camouflierten Politik der Exklusion trifft alle drei Vertreter liberaler Positionen gleichermaßen. Die Subtilität und Differenziertheit, die sich vielleicht als Maßstäbe gelingender Dekonstruktion umreißen ließen, weichen hier einer bisweilen einfach pauschalen, bisweilen aber auch grob verzerrenden Ideologiekritik. Besonders klar liegt der Fall nach

3 Wer selbst theoretische Kontroversen tendenziell auf eine Freund/Feind-Dichotomie reduziert, könnte schließlich nicht einmal begründen, warum die kritisierten Liberalen die »feindliche« Position überhaupt zur Kenntnis nehmen sollen.

Ansicht des Verfassers bei Ignatieff, dessen »Ausgrenzung der Ereignisse des 11. September 2001 [...] durch eine Reihe von logozentrischen Strategien vollzogen [wird], die hier isoliert und analysiert werden sollen« (Behnke 2005: 119). Ohne näher darauf einzugehen, inwiefern es sich bei den anschließend diskutierten begrifflichen Oppositionen um logozentrische Strategien handelt – oder wie sie isoliert und analysiert werden sollen –, will Behnke den Nachweis erbringen, dass Ignatieffs Versuch, den 11. September »jenseits des Politischen« zu verorten, sich selbst als politische Strategie, eben als Strategie einer Politik der Exklusion entlarvt. Dass ein politischer Text mit politischen Unterscheidungen operiert, ist zunächst wenig überraschend. Auch die Kritik, es handle sich um eine rhetorische Strategie, die sich als Verabschiedung der Metaphysik geriert, dabei aber selbst eine metaphysische Unterscheidung in Anspruch nimmt, indem sie rationale Politik von irrationaler Metaphysik trennt, könnte überzeugen. Selbst wenn man aber bis hierhin dem Verfasser zustimmt, bleibt unklar, warum damit mehr gewonnen ist als eine Kritik an diesem spezifischen Argument. Wenn die Kritik aber einen Schritt in der Entwicklung einer Gegenposition darstellt, die für eine Rehabilitierung von Schmitts Begriff des Politischen plädiert, müsste dieses spezifische Argument doch in irgendeiner Weise an die theoretischen Arbeiten Ignatieffs zurückgebunden werden, die (westliche) Menschenrechte ja keineswegs naiv als universalistische Wahrheiten postulieren, sondern auch vor ihrer religiösen Verklärung als *idolatry* warnen (vgl. Ignatieff 2001).

In der Auseinandersetzung mit Michael Walzer geht Behnke immerhin teilweise auch auf einschlägige theoretische Arbeiten ein. Die Kritik am Toleranzbegriff entzündet sich aber eher an einer kritischen Formulierung William Connollys als an Walzers eigener Vorstellung einer Politik des Tolerierens. Diese Vorstellung als unspezifisch zu kritisieren, mag berechtigt sein, ist aber für den systematischen Argumentationsgang nicht wirklich von Belang. Auch die wissenschaftspolitischen Sottisen Walzers gegen die Postmoderne haben eher anekdotischen Charakter. Die Argumentationslast liegt daher v. a. auf der vermeintlichen Verknüpfung von »Toleranz, Macht und Ordnung« (Behnke 2005: 123), die sich allerdings auch als Bewusstsein der Grenzen des Toleranzbegriffs interpretieren ließe. Ohne auf die Rolle Walzers in der hier einschlägigen Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus einzugehen, schreibt der Verfasser ihm allerdings einerseits eine »universalistische und trans-historische Logik« zu, erkennt aber zugleich auch Spuren von Schmitts Begriff des Politischen, mit deren Hilfe sich Walzer gewissermaßen gegen den liberalen Strich lesen ließe. Dabei unterlaufe Walzer jedoch ein Kategorienfehler, indem er lediglich auf die Figur des absoluten Feindes rekurriere, traditionelle Feindschaft, die »agonistischen Respekt« (Behnke 2005: 125) und damit eine Hegung von Gewalt beinhalte, hingegen ausgrenze. Die Figur des absoluten Feindes erfülle dann die Funktion, den Bereich jenseits der Grenzen der Tolerierbarkeit zu bezeichnen. Damit sei auch bei Walzer der positiv besetzte Begriff der Toleranz von vornherein dogmatisch eingegangen: »Sein restriktives Verständnis von Toleranz dämmt die Exzesse der Vielfalt ein, um den Zustand der friedlichen Koexistenz stabilisieren zu können« (Behnke 2005: 124).

Zentral für die Entwicklung von Behnkes Argument scheint mir die Auseinandersetzung mit Habermas, gegen den in den folgenden Abschnitten die Vorzüge einer an Schmitt orientierten Perspektive behauptet werden. Hier zeigen sich allerdings besonders gravierende Schwächen in Behnkes Argumentation. Habermas vertritt in den Augen Behnkes als »Philosoph des unilateralen Ethnozentrismus« (Behnke 2005: 137) eine »Metaphysik des rationalen Diskurses« (Behnke 2005: 128), die Terrorismus nur als Verzerrung und Abweichung vom liberalen Normalzustand wahrnehmen kann. Die Art und Weise, wie der für Habermas zentrale Begriff der verzerrten Kommunikation hier aus einem Interview-Band in der englischen Übersetzung übernommen wird, ist mehr als eine Verletzung der argumentativen Sorgfaltspflicht. Behnke unterstellt Habermas eine liberal-doktrinäre Verständigungsutopie, obwohl dieser auf der zitierten Seite auf seine zweistufige Gesellschaftstheorie explizit Bezug nimmt. Unmittelbar bevor Habermas vermeintlich »Terrorismus zu einem Ausdruck von >distorted communication<< (Habermas 2003: 35) vereinfacht, führt er nämlich aus: »We in the West do live in peaceful and well-to-do societies, and yet they contain a *structural violence* [sic!] that, to a certain degree, we have gotten used to« (Habermas 2003: 35, Hervorh. dort.). Es folgt eine Reihe von Beispielen sowie die charakteristische Differenzierung zwischen System und Lebenswelt. Ob man nun Habermas Position hinsichtlich der kommunikativen Rationalitätspotentiale der Lebenswelt teilt oder nicht, sie aus dem Kontext der systemischen Zwänge zu reißen, die Habermas an derselben Stelle explizit benennt, ist im besten Falle schlampig zitiert.

Auch unabhängig von einem solchen »Dekonstruktivismus des Verdachts« ist übrigens gerade bei Habermas die Unterstellung einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen theoretischen und politischen Äußerungen besonders problematisch, hat er doch selbst wiederholt auf der Differenz zwischen den Einlassungen eines Staatsbürgers und in systematischer Absicht vorgetragenen theoretischen Argumenten insistiert (zuletzt Habermas 2005: 25f). Bereits an dieser Unterscheidung lassen sich die wesentlichen Merkmale des von Habermas vertretenen Prozeduralismus aufzeigen. Nicht substanzial bestimzte Inhalte sind Gegenstand seiner politischen Theorie, sondern lediglich die Prozesse der Ausformulierung konkreter Inhalte, die sich daraufhin befragen lassen müssen, inwieweit sie den Betroffenen selbst Möglichkeiten der Mitsprache zuerkennen. Die Verschränkung von Volkssouveränität und Menschenrechten hat demzufolge die Funktion, einer hegemonalen Normprojektion, wie Behnke sie unterstellt, gerade entgegenzuwirken. Universale Geltung können Menschenrechte nämlich nur insofern beanspruchen, als sie notwendige Bedingungen für die rechtliche Institutionalisierung der Verfahren demokratischer Willensbildung darstellen (Habermas 1999: 389f). Die Trennung von Recht und Moral dient dann der Stärkung moralischer Autonomie, denn gerade weil moralisches Handeln außerhalb des gesetzten Rechts gedacht wird, ist es keinerlei rechtlichen Schranken unterworfen (vgl. Maus 1992). Habermas ist sich bei alledem des Doppelcharakters der Vernunft<sup>4</sup> ebenso bewusst wie der Diskrepanz zwischen den

4 Gemeint ist die »normsetzende und Kritik ermöglichte wie auch die verschleiernde, also Selbstkritik herausfordernde Funktion« (Habermas 2001: 7).

kontrafaktischen Idealisierungen der Diskurstheorie und der Wirklichkeit realexistierender liberaldemokratischer Systeme. Allein, er weigert sich, diese kontrafaktischen Gehalte in ihren empirischen Vereinnahmungen völlig aufgehen zu lassen. Zugleich wendet er sich gegen eine gerechtigkeitsexpertokratische Vereinnahmung, die vernünftige Positionen mit philosophischer Autorität dekretieren könnte. Der radikaldemokratische Prozeduralismus erweist sich vor diesem Hintergrund als ein Sprachspiel, das es erlauben soll, normative Fragestellungen auch ohne derartige technokratische Prätentionen zu thematisieren. Ingeborg Maus hat diesen Zusammenhang in unübertrefflicher Klarheit auf den Punkt gebracht: »Habermas' Ausgangspunkt ist so wenig (wie gelegentlich behauptet) die ›heile Welt‹ kommunikativen Handelns, daß er vielmehr eine überaus skeptische Bemerkung Kants teilen könnte. Dieser hatte die Frage ausdrücklich offen gelassen, ob jemals eine im strengen Sinn moralische Handlung auf der Welt sich ereignete, aber darauf insistiert, ein Kriterium moralischen Handelns überhaupt zu entwickeln, statt die Theorie an schlechte Praxis anzugeleichen [...] Die eigentlich kritische Intention der Diskurstheorie liegt gerade in ihrer Beschränkung auf prozedurale Konstruktionen. Sie richtet sich gegen die heute herrschende Tendenz, inmitten einer dynamischen und hochmobilen Gesellschaft auf eine Festschreibung materialer Wertordnungen, die stets mit Exklusionen verbunden sind, zu regredieren« (Maus 1999: 728, 731).

#### *4. Exklusion als Strategie der Selbstbehauptung?*

Dem als Erlösungstheorie karikierten Liberalismus dann Schmitts Begriff des Politischen als anerkennungstheoretisch anschlussfähiges Modell der Staatsen souveränität gegenüberzustellen, kann schon deswegen nicht überzeugen, weil auch hier die Pointe von Habermas' Argumentation gegen Schmitt verfehlt wird. Habermas betont ja in seinen jüngeren Arbeiten gerade den Zusammenhang zwischen Schmitts »expressiv-dynamischem« Begriff des Politischen, seiner Ablehnung des Gewaltverbots und dem Prinzip der Nicht-Intervention, das sich allerdings letztlich nicht auf Staaten, sondern auf hierarchisch strukturierte Großräume bezieht, über deren Anordnung zuvor in einem Ausscheidungswettbewerb faschistisch mobilisierter Völker entschieden wird (Habermas 2004: 187-193, hier: 190). Diese Lesart könnte auf instruktive Art und Weise mit Versuchen kontrastieren, kritisch an Schmitt anzuknüpfen, wie sie sich etwa bei Chantal Mouffe (1999) für die Politische Theorie oder Martti Koskenniemi (2002: 413-509) für das Völkerrecht finden. Anstelle solcher sorgfältig begründeten Positionen, warum man mit Schmitt gegen dessen politische Intentionen argumentieren kann, präsentiert Behnke sein alternatives Politikverständnis in einer überraschenden Wendung als Beitrag zur Strategiedebatte im Kampf gegen den Terrorismus: »In dem Maße, in dem wir auf einer weiteren Verwestlichung unserer Welt unter dem Deckmantel angeblicher Universalien insistieren, geben wir unseren Feinden nur noch mehr Grund zum Widerstand« (Behnke 2005: 138). Indem er die vermeintliche politische Nützlichkeit seiner begriffsstrategischen Entscheidungen zum Erfolgskriterium erhebt, vermeidet Behnke die Ausei-

nandersetzung mit der grundlegenderen theoretischen Frage, inwieweit die hier präsentierte Alternative in der Lage ist, selbst eine Antwort auf das Problem politischer Grenzziehung zu formulieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen Identitätskonstruktion und der Markierung des Anderen ist wenig kontrovers. Wenn dabei aber einseitig auf eine selbstbezügliche Differenzpolitik gesetzt wird, die bestehende Grenzen zwar nicht mehr ausschließt, aber selbst nur affirmativ und zum Zweck identitätspolitischer Selbstbehauptung darauf Bezug nehmen kann, wäre letztlich wenig gewonnen. In dem Maße, in dem aber alternative Modi der Identitätskonstruktion zugelassen werden, verliert die dichotome Gegenüberstellung von liberalen und agonistischen Konzeptionen an Plausibilität. Nicht nur die konkreten Grenzziehungen, sondern auch die Art der Abgrenzung selbst wird damit für die Ergebnisse contingenter Prozesse geöffnet. Eine europäische Identität könnte sich etwa, wie Ole Wæver (2003: 210) gezeigt hat, nicht nur durch eine territoriale Abgrenzung gegenüber einem äußeren Feind konstituieren, sondern eher in einem Modus temporaler Selbstdifferenzierung, in dem die gewaltsame Vergangenheit der europäischen Staatenwelt zur Abgrenzungsfolie wird. Prozesse der Identitätsbildung sind dann nicht zwangsläufig auf vorab substanziell eingerichtete Abgrenzungen bezogen. Kontingenz kann also auf zwei radikal unterschiedliche Weisen zum wesentlichen Merkmal einer solchen Politik der Grenzziehung werden. Entweder werden die Grenzen wie in einem konsequent prozeduralistischen Modell selbst zum Gegenstand ergebnisoffener argumentativer Rechtfertigungsprozesse oder aber, um nochmals ein Motiv Derridas (1992) aufzugreifen, jeglicher Versuch, Identität begrifflich zu fixieren, erweist sich als aussichtslos. Vor diesem Hintergrund wird eine interessante Parallele deutlich: Sowohl den politischen Schriften Derridas als auch dem radikaldemokratischen Prozeduralismus bei Habermas und Maus liegt eine Strategie der Entsubstanzialisierung zugrunde. Beide lassen sich als Versuche verstehen, auf das Scheitern einer substanziellen Bestimmung politischer Grenzen durch die Opposition von Freund und Feind zu reagieren.

Ein an Schmitt orientiertes Politikverständnis, wie Behnke es augenscheinlich favorisiert, ist demgegenüber nicht nur theoretisch wenig überzeugend; indem es die völlige Entpolitisierung einer untergeordneten Sphäre der Gesellschaft impliziert (Münkler 2002: 140), zeitigt es auch politisch fragwürdige Konsequenzen. Denn die voraussetzungslose Anerkennung, die Behnke im Blick hat, bleibt auf die ontologisch fixierten Parameter einer postmodern gewendeten, anarchischen Grundstruktur beschränkt. Differenz jenseits dieser anarchischen Grundstruktur – und das heißt auch: innerhalb der Gruppen, die unter diesen Bedingungen koexistieren – ließe sich nicht mehr darstellen.

*Literatur*

- Angehrn, Emil* 2003: Interpretation und Dekonstruktion. Untersuchungen zur Hermeneutik, Weilerswist.
- Behnke, Andreas* 2005: 9/11 und die Grenzen des Politischen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 12: 1, 117-140.
- Derrida, Jacques* 1992: Das andere Kap. Die vertagte Demokratie. Zwei Essays zu Europa, Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen* 1999: Zur Legitimation durch Menschenrechte, in: Brunkhorst, Hauke/Niesen, Peter (Hrsg.): Das Recht der Republik, Frankfurt a. M., 386-403.
- Habermas, Jürgen* 2001: Kommunikatives Handeln und detranszendentalisierte Vernunft, Stuttgart.
- Habermas, Jürgen* 2003: Fundamentalism and Terror: A Dialogue with Jürgen Habermas, in: Borradori, Giovanna: Philosophy in a Time of Terror: Dialogues with Jürgen Habermas and Jacques Derrida, Chicago, IL.
- Habermas, Jürgen* 2004: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?, in: Habermas, Jürgen: Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X, Frankfurt a. M., 113-193.
- Habermas, Jürgen* 2005: Öffentlicher Raum und politische Öffentlichkeit. Lebensgeschichtliche Wurzeln von zwei Gedankenmotiven, in: Habermas, Jürgen: Zwischen Naturalismus und Religion, Frankfurt a. M., 15-26.
- Ignatieff, Michael* 2001: Human Rights as Politics and Idolatry, Princeton, NJ.
- Koskeniemi, Martti* 2002: The Gentle Civilizer of Nations: The Rise and Fall of International Law 1870-1960, Cambridge.
- Maus, Ingeborg* 1992: Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant, Frankfurt a. M.
- Maus, Ingeborg* 1999: Habermas. Zur Rezeption von Theorie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44: 6, 727-731.
- Mouffe, Chantal* 1999 (Hrsg.): The Challenge of Carl Schmitt, London.
- Münkler, Herfried* 2002: Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion, Weilerswist.
- Wæver, Ole* 2003: Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, 197-216.